



G20-Gipfel: Meinungsaustausch der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Coronakrise und zur Wirtschaftslage

Brüssel, 22. November 2020

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula **von der Leyen**, und der Präsident des Europäischen Rates, Charles **Michel**, haben die EU auf dem 15. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20 vertreten, das am 21./22. November 2020 von Saudi-Arabien ausgerichtet wurde.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben in einem virtuell geführten Gipfeltreffen darüber beraten, wie die derzeitige COVID-19-Pandemie gemeinsam bewältigt werden kann, wie die Entwicklung und der Einsatz eines Impfstoffs finanziert werden können und wie Bürger und Unternehmen, die mit der Bewältigung der Folgen der Pandemie kämpfen, weiterhin unterstützt werden können.

Präsidentin **von der Leyen** erklärte: *„Ich freue mich, dass die Staats- und Regierungschefs der G20 vereinbart haben, Covid-19-Impfstoffe für alle verfügbar und erschwinglich zu machen. Es sind jedoch mehr Mittel erforderlich. Deshalb habe ich die Staats- und Regierungschefs der G20 aufgefordert, bis Ende des Jahres 4,5 Mrd. US-Dollar für den ACT-Accelerator bereitzustellen. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben auch vereinbart, die wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen beizubehalten, bis die Erholung Fuß fasst. Was wir aus der Krise gelernt haben ist, dass wir besser vorbereitet sein müssen. Darüber werden wir im Mai 2021 auf dem gemeinsamen Globalen Gesundheitsgipfel der G20 in Italien erneut sprechen. Um eine nachhaltigere, inklusivere und widerstandsfähigere Welt aufzubauen, müssen wir auch die Bekämpfung des Klimawandels intensivieren. Die EU ist Vorreiter auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050, und viele G20-Partner haben nun dieselben Verpflichtungen übernommen.“*

Die Staats- und Regierungschefs der G20 erörterten ferner Wege zum Aufbau einer inklusiven, nachhaltigen und krisenfesten Zukunft. Präsident **Michel** erklärte: *„Der Ausbruch des COVID-19-Virus hat viele von uns überrascht. Es ist jedoch nicht die erste globale Pandemie, und wird leider auch nicht die letzte sein. Mit Blick auf die Zukunft muss sich die Weltgemeinschaft besser auf Pandemien vorbereiten. Ein internationaler Vertrag zur Pandemiebekämpfung könnte uns dabei helfen, schneller und besser koordiniert zu reagieren. Ein solcher Vertrag sollte mit allen Organisationen und Einrichtungen der Vereinten Nationen, insbesondere der WHO, ausgehandelt werden. Die WHO muss auch weiterhin der Eckpfeiler der weltweiten Koordinierung bei Gesundheitskrisen sein.“*

Zudem erörterten die Staats- und Regierungschefs eine Reihe anderer wichtiger globaler Fragen wie die wirtschaftliche Erholung, die Reform der WTO, die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und die Unterstützung von Ländern mit geringem Einkommen.

Nach dem zweitägigen Gipfeltreffen nahmen die Staats- und Regierungschefs eine [Erklärung](#) zur Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen an.

Bei der Erörterung der COVID-19-Pandemie setzte sich die EU für eine multilaterale Lösung ein. Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten die G20 auf, ihr Engagement für die Bekämpfung der COVID-19-Krise aufrechtzuerhalten und zu vertiefen und insbesondere sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffen haben. Hierbei kommen vor allem der Initiative für einen beschleunigten „Zugang zu COVID-19-Instrumenten („ACT-Accelerator“) und ihrer COVAX-Fazilität für den globalen Impfstoffzugang eine wichtige Rolle zu.

In Bezug auf den **Klimawandel** einigte sich der Gipfel auf einen einheitlichen Absatz in der Erklärung der G20 von Riad. Auf den drei vorherigen G20-Gipfeln konnte ein solcher Konsens nicht erzielt werden. Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten alle G20-Mitglieder nachdrücklich auf, auf die vollständige und wirksame Umsetzung des Übereinkommens von Paris hinzuwirken. Ferner setzte sich die EU für eine wirtschaftliche Genesung auf der Grundlage eines grünen, inklusiven, nachhaltigen, krisenfesten und digitalen Wachstums durch die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung ein.

Was den **Schuldenerlass** für die ärmsten Länder betrifft, so bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung mittels der Initiative zur der G20 für ein Schuldenmoratorium, durch das Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie freigesetzt werden sollen. Sie verpflichteten sich zur Umsetzung der Initiative, die bis Juni 2021 verlängert werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der EU betonten, dass möglicherweise weitere Schritte erforderlich sind, und auf dem Gipfel wurde ein gemeinsamer multilateraler Rahmen für den weiteren Umgang mit Staatsschulden gebilligt.

Zu den Themen **Handel** und **Besteuerung der digitalen Wirtschaft** bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung für den WTO-Reformprozess im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz und erkannten den Beitrag an, den die Riad-Initiative zur Zukunft der WTO geleistet hat. Sie einigten sich ferner darauf, sich bis Mitte 2021 um eine einvernehmliche Lösung für ein weltweites faires, nachhaltiges und modernes internationales Steuersystem zu bemühen, das auf den laufenden Arbeiten der OECD aufbaut.

Weitere Informationen

[Erklärung von Präsidentin von der Leyen vor dem G20-Gipfel](#)

[Ausführungen von Präsident Donald Tusk vor dem G20-Gipfel](#)

[G20-Erklärung von Riad](#)

IP/20/2189

Kontakt für die Medien:

[Eric MAMER](#) (+32 2 299 40 73)

[Nabila MASSRALI](#) (+32 2 298 80 93)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)